

Demokratieförderung: Lässt sich Demokratie von außen fördern und erzwingen?

6. Sitzung, 23. November 2005

**Förderung von Demokratie in der Entwicklungspolitik.
Ein Positionspapier des BMZ.**

Der Text ist ein Positionspapier des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der jedoch mit den Durchführungsorganisationen und wissenschaftliche Einrichtungen diskutiert wurde.

Das Endergebnis ist ein Spiegel der heterogenen deutschen Landschaft der Demokratieförderer.



gtz



FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG



MISEREOR
IHR HILFSWERK



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Die Stiftung für liberale Politik
Friedrich Naumann
Stiftung

ded
Deutscher
Entwicklungsdienst



Definiton: Demokratie

“In einer Demokratie werden die Regierungsfunktionen durch Repräsentanten besetzt, die die (passiv und aktiv) wahlberechtigte Bevölkerung in regelmäßigen Abständen und immer mit mindestens einer Alternative frei und fair wählt.”

weitere Kriterien: Gewaltenteilung und -kontrolle, Rechtsstaatlichkeit, Schutz und Förderung der Menschenrechte, freie und unabhängige Medien.

Warum fördern?

Demokratie ist eng verbunden mit Entwicklung - beide befördern sich gegenseitig.

“Das Recht auf Entwicklung kann ohne demokratischen Rechtsstaat nicht verwirklicht werden.”

Klassifizierung in drei Ausgangssituationen für Demokratieförderung

Staaten mit hybridem System

formal demokratische System, Exekutive ist übermächtig

Mechanismen der demokratischen Kontrolle funktionieren nicht

fehlende demokratische Kultur

Autoritäre Staaten

Regierung nicht demokratisch legitimiert

Gewaltenteilung funktioniert

Informationsfreiheit eingeschränkt, organisierte Opposition nicht geduldet.

Nachkriegsgesellschaften

Nach einem Gewaltkonflikt, fehlende Kapazität der Institutionen

Fehlendes Vertrauen

Chance in der Neugestaltung der politischen Institutionen

Hybride Systeme

Kennzeichen:

formal demokratische System, Exekutive ist übermächtig
Mechanismen der demokratischen Kontrolle funktionieren nicht
fehlende demokratische Kultur

Handlungsoptionen:

Stärkung der Rechtsstaatlichkeit (Rechts- und Justizreform), Stärkung
von Rechnungshöfen und Parlamenten
Dezentralisierung
Wirtschaft öffnen für eine soziale Marktwirtschaft

Autoritäre Regime

Kennzeichen

Regierung nicht demokratisch legitimiert
Gewaltenteilung funktioniert
Informationsfreiheit eingeschränkt
organisierte Opposition nicht geduldet

Handlungsoptionen:

Verwaltungsarbeit professionalisieren
regionale und lokale Verwaltungsstrukturen unterstützen

Reformorientierte Akteure stärken
Freie Medien fördern

Nachkriegsgesellschaften

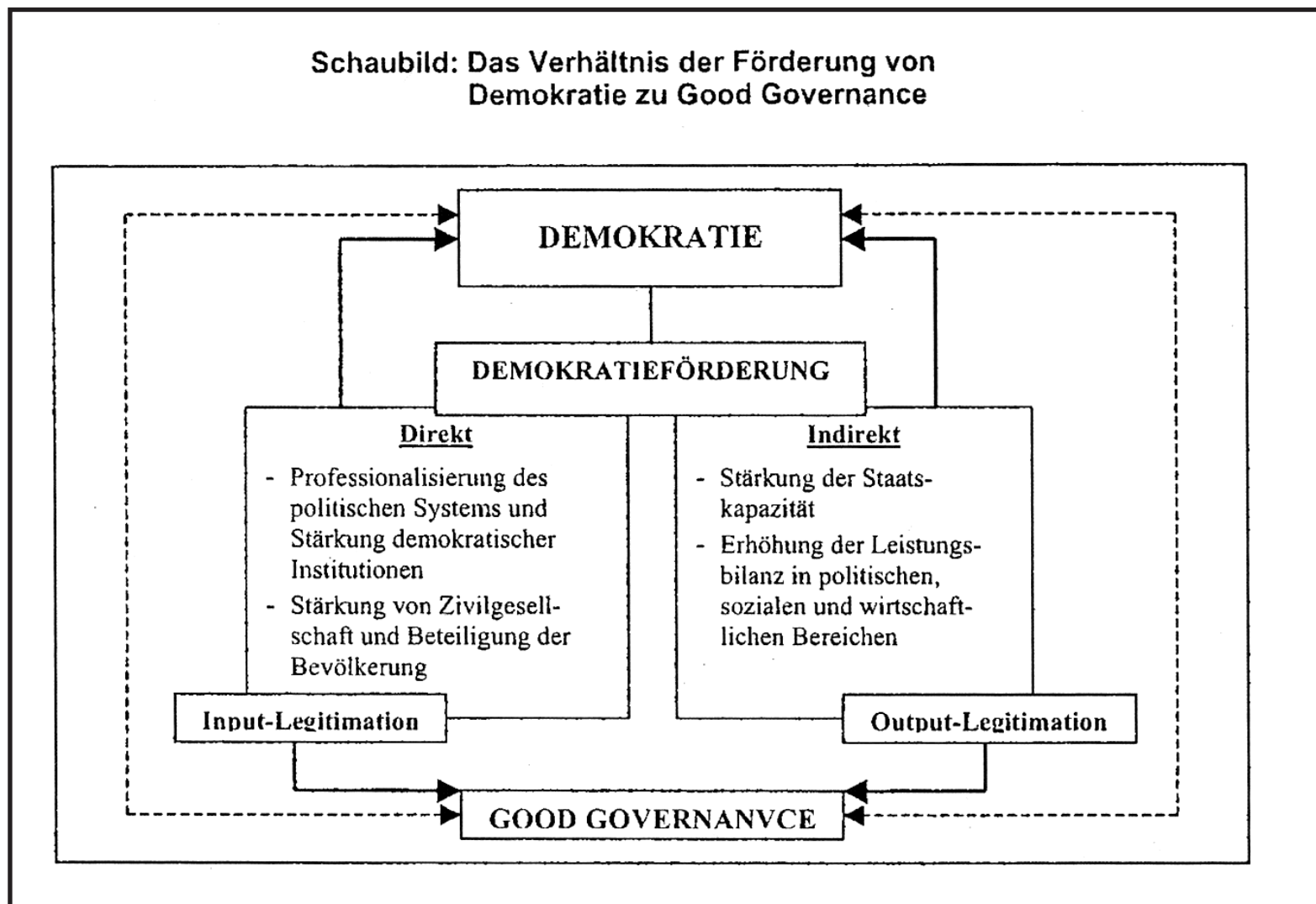
Kennzeichen:

Nach einem Gewaltkonflikt, fehlende Kapazität der Institutionen
Fehlendes Vertrauen
Chance in der Neugestaltung der politischen Institutionen

Handlungsoptionen:

Unmittelbarer Wiederaufbau: staatliche Verwaltung wieder aufbauen.
Dialog und Reorganisation: Grundlagen für Versöhnung/Vertrauen,
Rechtssystem auf internationale Standards.
Institutionalisierung und Konsolidierung: langfristige Lösungen,
Organisation von Wahlen

Direkte und Indirekte Förderung



Bewertung

Der Text gibt einen Überblick über die deutsche Landschaft der Demokratieförderung mit staatlicher finanzieller Unterstützung. Begriffe werden definiert und abgegrenzt.

Aber, alles ist relativ: der Text ist sehr allgemein gehalten und formuliert keine klaren Ziele oder Maßstäbe für die Politik.

“..., dass Demokratie in Abhängigkeit von historischen und kulturellen Grundorientierungen der jeweiligen Gesellschaften unterschiedlich ausgeprägt sein kann.” (S.6)

Oft verliert sich der Text in den Zusammenhängen internationaler Deklarationen.

Im ersten Absatz stehen beispielsweise fünf Deklarationen oder Berichte.

Fragen

- *Braucht man so ein Grundlagenpapier? Und wäre es nicht besser dieses Papier wesentlich konkreter zu gestalten?
- *Welche Rolle spielen kulturelle Unterschiede für das Verhältnis zwischen Geber und Empfänger von Demokratieförderung?
- *Ist die Vielfalt der Förderer wirklich so effizient wie das BMZ behauptet oder wäre es nicht sinnvoller alle Kapazitäten in einer Institution zu bündeln?
- *Welche Vor- und Nachteile haben nicht-staatliche Organisationen? Welche Vor- und Nachteile haben multilaterale Förderer?
- *Welche Rolle spielt die Demokratisierung der internationalen Organisationen wie Weltbank, IWF und UNO (Sicherheitsrat)?

Empowerment (aus dem Glossar von www.bmz.de)

Der Begriff Empowerment stammt ursprünglich aus dem Bereich der Psychologie und Sozialpädagogik, er lässt sich am besten mit "Selbstbemächtigung" oder auch "Selbstkompetenz" übersetzen. Empowerment umfasst Strategien und Maßnahmen, die Menschen dabei helfen, ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben zu führen. Durch Empowerment sollen sie in die Lage versetzt werden, ihre Belange zu vertreten und zu gestalten. In der Entwicklungszusammenarbeit versteht man unter Empowerment vor allem einen Prozess, der das Selbstvertrauen benachteiligter Bevölkerungsgruppen stärkt und sie in die Lage versetzt, ihre Interessen zu artikulieren und sich am politischen Prozess zu beteiligen. Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung der vorhandenen Potenziale der Menschen.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind Veränderungen der sozialen, ökonomischen, rechtlichen und politischen Institutionen innerhalb der Gesellschaft notwendig. Die Entwicklungszusammenarbeit fördert solche Reformen.